# **RHEIN-BERG 100**

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke Ausgabe 06/2021



#### LIEBE LESERINNEN UND LESER,

sicherlich haben auch Sie die letzten Wochen genossen: Die Fußballeuropameisterschaft hat begonnen, wir wurden mit warmen frühsommerlichen Tagen beschenkt und die bundesweite Inzidenz ist auf unter 10 gesunken. Das ist großartig und verspricht einen entspannten und schönen Sommer, den wir uns alle so sehnlichst wünschen.

An diesem Erfolg sinkender Infektionszahlen haben wir alle unseren Anteil. Jeder, der sich in den vergangenen herausforderungsvollen Monaten an die einschränkenden Regelungen zum Zwecke der Pandemiebekämpfung gehalten hat und das auch heute noch tut, leistet hierfür einen wichtigen Beitrag. Nicht zuletzt gilt es, die große Impfbereitschaft insoweit hervorzuheben. Wie schön, dass so viele bereit sind, bei der Überwindung der Pandemie mitzuwirken.

In diesen Tagen haben wir mit der letzten ordentlichen Sitzungswoche dieser Legislaturperiode nicht nur einige Kolleginnen und Kollegen verabschiedet. Unser Hauptaugenmerk lag darauf, zahlreiche gesetzgeberische Vorhaben und Projekte noch vor der Bundestagswahl abzuschließen. Auf einige möchte ich im Rahmen dieses Newsletters in gebotener Kürze eingehen. Sie finden darüber hinaus aber auch noch zwei Berichte unter der Rubrik "Fremde Federn". In den letzten Wochen haben mich zwei Praktikanten – erstmals wieder nach Beginn der Corona-Krise – durch ihre Arbeit in meinem Abgeordnetenbüro unterstützt und einen Beitrag zu diesem Newsletter geleistet.

Abschließend wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre und verbleibe einstweilen mit herzlichen Grüßen

Thomas J. T. Colenter

Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

#### **CORONA LAGE**

In den vergangenen Newslettern habe ich immer wieder meine feste Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass wir mit flächendeckenden Testungen, steigenden Impfzahlen und wärmerem Wetter wieder sinkende Fallzahlen sehen werden. Ich bin sehr erleichtert, dass wir aktuell bereits eine Quote von über 50 % Erstgeimpften erreicht haben. Rund 1/3 unserer Bevölkerung ist vollständig geimpft. Das sind überaus erfreuliche Zahlen. Wenn wir bei der derzeitigen Entwicklung bleiben, werden es bis Ende August etwa 70 % sein. So nähern wir uns der entscheidenden Herdenimmunität. Allerdings zeigt die aktuelle Lage in Großbritannien, dass wir mit der Corona-Lage noch eine gewisse Zeit konfrontiert sein werden. Auch in Deutschland breitet sich die Delta-Variante sukzessive weiter aus. Also ist weiterhin Vorsicht geboten und an der Impfstrategie konsequent festzuhalten. Wir wollen nicht riskieren, was in den letzten Monaten erreicht worden ist.

## LETZTE SITZUNGSWOCHE: THEMA KLIMA-SCHUTZPOLITIK

Zahlreiche Vorhaben haben wir in dieser letzten Sitzungswoche der 19. Legislaturperiode zu einem Abschluss gebracht. Eines hiervon möchte ich an dieser Stelle hervorheben. So haben wir ein umfangreiches Gesetzes- und Verordnungspaket in den Bereichen der Klima-, Umwelt- und Energiepolitik verabschiedet. Wir ergreifen darin weitreichende Maßnahmen, um den Weg zur Klimaneutralität 2045 und ins Zeitalter einer nachhaltigen Energieversorgung auf der Basis Erneuerbarer Energien entschlossen weiterzugehen. Dabei setzen wir weiterhin zuvörderst auf marktwirtschaftliche Ansätze der Bepreisung von CO2-Emissionen, auf eine Ausweitung des (internationalen) Emissionsrechtehandels, auf Technologieoffenheit und auf Innovationen. Es gilt: Anreize und Einsicht, statt Verbote und Bevormundung. Gleichzeitig beschränken wir uns nicht auf das Ziel des Klimaschutzes, sondern halten die Belange der Menschen und unserer Wirtschaft im Blick. Eine nachhaltige Politik verbindet im Ansatz Ökologie, Ökonomie und sozialen Ausgleich.

Als wichtigste Zwischenziele gelten nunmehr für das Jahr 2030 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 65 Prozent (bislang: 55 Prozent) im Vergleich zum Jahr 1990 und für das Jahr 2040 eine Reduktion um 88 Prozent. Mit diesen Vorgaben reagieren wir auch auf das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Bundes-Klimaschutzgesetz und stecken den Weg zur Klimaneutralität noch klarer ab. Indem wir die Reduktionslasten

#### **TERMINE**

29.06.2021 Digitaler Wirtschaftstag NRW

30.06.2021, 10:00 Uhr Gedenken an die Toten der Corona-Pandemie, unter www.landtag.nrw.de

02.07.2021, 19:00 Uhr Jahreshauptversammlung CDU Rösrath

> 05.07. – 17.08.2021 Sommerferien

05.07.2021 Unternehmensbesuche in Bergisch Gladbach

> 06.07.2021 Unternehmensbesuch in Burscheid

06.07.2021 Ortstermin beim THW Wermelskirchen

<u>07.07.2021, 15:00 Uhr</u> Telefonische Bürgersprechstunde

09.07.2021
Gottesdienst und Festakt zur Verleihung des Cusanus-Preises

15.07.2021, 10:30 Uhr
Jahreshauptversammlung der Senioren-Union
Overath

21.07.2021, 15:00 Uhr Mittwochstreff der Senioren-Union Bergisch Gladbach zeitlich vorziehen, erreichen wir mehr Generationengerechtigkeit – ganz im Sinne der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung. Weil wir uns bewusst sind, das Klima nicht allein in Deutschland retten zu können, treten wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür ein, dass europäische und nationale Klimapolitik besser verzahnt werden. Der Wandel in der Klimapolitik der USA ermöglicht hier deutliche Fortschritte.

Unsere Ziele und Maßnahmen in Deutschland sind fortlaufend mit den europäischen Regeln abzugleichen und falls erforderlich darauf anzupassen. Das gilt insbesondere auch bei nationalen Vorgaben für einzelne Sektoren. Hier haben wir die laufende Berichtsplichten über Fortschritte in den einzelnen Sektoren in den Verhandlungen mit der SPD deutlich verschärft. Das ist zum Beispiel wichtig, wenn die EU im Gebäude- und Verkehrsbereich eine europäische CO<sub>2</sub>-Bepreisung einführt. Auch technische Entwicklungen und Veränderungen im internationalen Klimaregelwerk sind nun zwingend in der nationalen Klimapolitik zu berücksichtigen.

Wichtig ist uns, zu verhindern, dass durch die ergriffenen Maßnahmen industrielle Produktion in Länder mit geringeren Umwelt- und Klimastandards verlagert wird (Carbon Leakage). Dadurch gingen Arbeitsplätze verloren und dem Klimaschutz wäre auch nicht gedient. Daher haben wir diese Woche (endlich) auch die sogenannte Carbon-Leakage-Verordnung beschlossen. Mit ihr sollen ab sofort Unternehmen, die in einer besonderen internationalen Wettbewerbssituation stehen und von den Kosten der CO2-Emission aus dem nationalen Emissionshandel besonders belastet sind, einen Ausgleich erfahren. Zugleich laufen Verhandlungen um eine Ausweitung des europäischen Emissionsrechtehandels und über gemeinsame Carbon-Leakage-Regelungen.

Im Interesse kleiner und mittlerer Unternehmen haben wir als CDU/CSU in den Verhandlungen mit der SPD intensiv um (noch) höhere Kompensationsgrade und niedrigere Zugangsschwellen zum Carbon-Leakage-Schutz gerungen. Immerhin haben wir Verbesserungen für Unternehmen mit einem Jahresenergieverbrauch unter 10 Gigawattstunden erreicht. Mehr war aufgrund des Widerstandes des Koalitionspartners und des Bundesumweltministeriums nicht möglich und ist Nachbesserungen in der kommenden Legislatur vorbehalten.

### LETZTE SITZUNGSWOCHE: THEMA UNTERSU-CHUNGSAUSSCHÜSSE

Parlamentarische Untersuchungsausschüsse sind ein oft unterschätztes Mittel im Rahmen unserer parlamentarischen Arbeit. Von manchen als "zahnlose Tiger" verspottet, sind sie ein überaus wirkmächtiges Instrument, um Problemlagen aufzuarbeiten und politische Schlussfolgerungen zu ziehen. In dieser Sitzungswoche haben gleich drei parlamentarische Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages ihre wertvolle Arbeit zu einem Ende gebracht und einen Abschlussbericht vorgelegt. Auch wenn

#### **EINBLICKE**



Gemeinsam mit den Praktikanten Amienne Spencer-Blume und Jonathan Stenneken



Aktion von World Vision "Hände weg von meiner Kindheit" mit Innocent Opwonya



Austausch mit Monika Hiller, Inklusionsbeauftragte der Stadt Bergisch Gladbach



Aktion der Deutschen Herzstiftung e.V. "Beherzt handeln"

derartige Untersuchungsausschüsse kraft der Natur der Sache zuvörderst ein Instrument der Opposition sind, entbindet dies die Ausschussmitglieder auch der Koalitionsfraktionen nicht der Aufgabe, sich an der Aufklärung zu beteiligen. Diese Verantwortung haben gerade auch die Kollegen unserer CDU/CSU-Fraktion erkennbar wahrgenommen.

Der 1. Untersuchungsausschuss wurde am 1. März 2018 eingesetzt, um den terroristischen Anschlag vom 19. Dezember 2016 am Berliner Breitscheidplatz und seine Hintergründe vertieft aufzuklären. Er sollte ein Gesamtbild des Handelns der zuständigen Behörden zeichnen. Im Abschlussbericht erfolgt eine Darstellung von Verfahren und Feststellungen sowie Bewertungen der Koalitionsfraktionen (Bewertungsteil) sowie Sondervoten der Oppositionsfraktionen. Ich hoffe sehr, dass die dabei gewonnenen Erkenntnisse unsere präventive sowie repressive Terrorismusbekämpfung noch besser werden lassen. Unsere Sicherheitsbehörden müssen insoweit jeden Tag erfolgreich sein, um einen Anschlag zu verhindern. Dies wollen wir durch geeignete und wirkungsvolle Rahmenbedingungen sicherstellen. Zahlreiche Maßnahmen verbesserter personeller Ausstattung und intensiverer Zusammenarbeit auf Bundes- und Länderebene sind bereits ergriffen worden.

Der 2., im Jahr 2019 eingesetzte Untersuchungsausschuss sollte das Verhalten der Bundesregierung und ihrer nachgeordneten Behörden im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Einführung der Infrastrukturabgabe (Pkw-Maut) aufklären. Der Abschlussbericht dieses Untersuchungsausschusses zeigt das intensive Bemühen um die Aufklärung eines Sachverhalts, der bereits bei Erteilung des Untersuchungsauftrags weitestgehend bekannt war. Der Untersuchungsausschuss konzentrierte sich auf die Frage, welche Verluste aus dem Abbruch der Maut-Einführung der Bundesrepublik vermutlich entstanden sind und inwieweit sie ggf. dem Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer anzulasten seien. Dabei ging es beispielsweise nicht um die Frage, ob die Einführung der Pkw-Maut in der Form wie sie nun aus europarechtlichen Gründen nicht eingeführt wurde überhaupt sinnvoll ist - etwa im Hinblick auf ihre fiskalische oder ihre Steuerungswirkung. Im Sinne letzterer wäre eine emissions- und nutzungsspezifische Belastungsregelung sinnvoller, konsequenterweise im Zusammenhang mit einer vollständigen Abschaffung der Kfz-Steuer. Hierzu erwarte ich spannende Debatten in der kommenden Sitzungsperiode.

Der 3. Untersuchungsausschuss wurde schließlich am 1. Oktober 2020 auf Antrag der Fraktionen FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen eingesetzt und sollte das Verhalten der Bundesregierung und der ihr unterstehenden Behörden im Zusammenhang mit den Vorkommnissen um den inzwischen insolventen Zahlungsdienstleister Wirecard sowie die daraus resultierenden Reputationsschäden für den Finanzmarkt untersuchen.

Der Abschlussbericht dieses Untersuchungsausschusses liefert eine aussagekräftige Darstellung einer außergewöhnlich zügigen und arbeitsintensiven, aber gleichwohl sachgerechten Bearbeitung des Untersuchungsauftrags. Auch hier enthält der Bericht Darstellungen von Verfahren und Feststellungen, Bewertungen der Koalitionsfraktionen (Bewertungsteil) sowie Sondervoten der Oppositionsfraktionen; wichtig sind auch die Erläuterungen der Mitglieder unserer Fraktion am Rande der Ausschusssitzungen und im Rahmen der Vorstellung des Abschlussberichtes in der Öffentlichkeit. Der Untersuchungsausschuss hat für mich leider sehr deutlich gezeigt, dass das Bundesfinanzministerium und insbesondere Bundesfinanzminister Olaf Scholz den Aufsichtspflichten nicht in einer Weise entsprochen haben, wie es angemessen gewesen wäre. Auch politische Verantwortung hat der Finanzminister erkennbar nicht übernommen. Tatsächlich hat es dennoch – auch und gerade auf Initiative unserer Fraktion – bereits einige wichtige strukturelle Verbesserungen gegeben.

# FREMDE FEDERN: STUDIUM WÄHREND DER CORONA-PANDEMIE Ein Text von Amienne Spencer-Blume

Wie in allen anderen Lebensbereichen auch, hat die Covid-19-Pandemie seit 2020 im Studienalltag ihre Spuren hinter-lassen. Videokonferenzen und virtuelle Diskussionsforen traten an die Stelle von Vorlesungen und Seminaren, während Mensen durch die heimische Küche und Bibliotheken mit dem Wohnzimmer ersetzt wurden. Seit ich 2019 in die USA gezogen bin, um an der Brown University in Providence, Rhode Island, Sicherheitspolitik zu studieren, hat sich einiges getan. Dass ich ein halbes Jahr später wieder zu Hause um die Ecke meines alten Gymnasiums wohnen würde, hätte ich zu diesem Zeitpunkt – mit Koffern vollbepackt im Flieger – am geringsten erwartet. Einen Lebensabschnitt zu beenden und einen neuen zu beginnen, während das Konzept der Planungssicherheit von Grund auf umgewälzt wird, verleiht so manche neugewonnene Flexibilität. Im März 2020 lautete das Motto, alles stehen und liegen lassen, als der Campus schloss und es mich in einer Nacht- und Nebelaktion wieder an den Flughafen verschlug.

Der Flug nach Frankfurt war nahezu leer und Masken – heute kaum mehr wegzudenken – waren noch nirgends verbreitet. Während der Pandemie ist die Brown University also zu mir und rund 10.000 weiteren Kommilitoninnen und Kommilitonen quer durch die Welt verteilt nach Hause gekommen, wo wir das Semester online weiterführten, während der Campus zur Geisterstadt wurde. "Auslandsstudium-von-zu-Hause-aus" bedeutete dann, dass mein Laptop und die Videokonferenz-App "ZOOM" im Zimmer meines Elternhauses zum Portal der Universität und des Lebens, das sich dort etabliert hatte, wurden. Somit fand am gleichen Schreibtisch alles statt – von Vorlesungen und Terminen bis hin zu freundschaftlichen Aktivitäten, Seminaren und Klausuren; bei sechsstündiger Zeitverschiebung teils bis in die frühen Morgenstunden. Der Wegfall der Arbeitszeiten, wenn Laptop und Schreibtisch immer in Griffnähe sind sowie die Verdichtung aller Lebensbereiche in ein Zimmer sind hier wohl die auffälligsten Kennzeichen des Studiums unter Pandemiebedingungen. Vor allem zu Prüfungszeiten fiel auf, wie unersetzbar der Gemeinsinn und die Motivation sind, die in einer prall gefüllten doch stillen Bibliothek entstehen, wenn hunderte Menschen zusammen bei leisem Blätterrascheln und gelegentlichem Rücken von Stühlen konzentriert studieren.

Abgesehen von meinen Erfahrungen ist auch genau die Verschiedenheit der Erlebnisse unterschiedlicher Menschen rund um das Alter 20 Kennzeichen dieser Zeit. Auslandsaufenthalte, freiwillige soziale Jahre, Praktika und Jobs wurden abgebrochen oder ganz abgesagt und die, die 2020 ihr Studium anfingen, starteten teils ohne je vorher Fuß auf ihren Campus gesetzt zu haben. Nichtsdestotrotz ist bei all diesen Umstellungen die Einsatzbereitschaft von Studierenden besonders hervorgestochen, dennoch zu versuchen, das Beste aus dieser Zeit zu machen. Auf wunderbare Weise überraschte mich, dass es auch durch Online-Formate möglich war, neue Freundschaften zu knüpfen. Spannend wird es sein, die Menschen, mit denen ich durch das Jahr hinweg stundenlang "ge-zoomt" habe, die ich jedoch ausschließlich von meinem Bildschirm kenne, das erste Mal live zu treffen. Bezüglich prägender Fragen nach der Kraft von Arbeitsgemeinschaften, dem Potential von spontaner Kreativität oder dem selbstbestimmten Arbeiten, nehme ich viel aus dem Online-Studium mit. Außer Zweifel steht nun jedoch auch, dass ich mit Neugier auf die nächsten Semester schaue und mich auf den nie wieder selbstverständlichen Austausch auf dem Gang von der Vorlesung in die Mensa freue.

Amienne Spencer-Blume absolvierte ein siebenwöchiges Praktikum in meinem Bundestagsbüro in Berlin.

#### FREMDE FEDERN: PRAKTIKUMSBERICHT

#### Ein Text von Jonathan Stenneken

Es hat mich schon lange interessiert, wie die Abläufe in einem Büro eines Bundestagsabgeordneten aussehen. Dann habe ich die Möglichkeit bekommen, einen Einblick in die Arbeit des Büros von Dr. Hermann-Josef Tebroke als Praktikant zu erhalten. Ich bin Herrn Dr. Tebroke und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr dankbar, dass sie mir dieses Praktikum trotz der aktuellen Corona-Situation und dem Stress durch die bevorstehende Bundestagswahl ermöglicht haben. Nach zwei spannenden und lehrreichen Wochen werde ich leider die Heimreise antreten müssen. Jedoch konnte ich viele Erfahrungen mitnehmen. Das nette und kompetente Team um Herrn Dr. Tebroke hat mich äußerst umfangreich und fürsorglich an die zu bewältigende Arbeit herangeführt, sodass ich das Arbeitsumfeld, die parlamentarischen Abläufe und den direkten Bezug zu den Bürgerinnen und Bürgern kennen lernen durfte. Zum Beispiel habe ich bei der Beantwortung eines Briefes von einem Bürger aus dem Rheinisch-Bergischen Wahlkreis geholfen und mir Diskussionen im Plenarsaal des Bundestags ausgesucht, die ich mir von der Besucherebene anschauen konnte. Zudem habe ich bei vielen Veranstaltungen mit Interessensgruppen und bei internen Sitzungen der Partei, wenn auch nur virtuell, Herrn Dr. Tebroke über die Schulter schauen können. Deshalb kann ich ein Praktikum im Büro von Herrn Dr. Tebroke nach meinen Erfahrungen jedem nur empfehlen!

Jonathan Stenneken absolvierte im Juni ein zweiwöchiges Praktikum in meinem Bundestagsbüro in Berlin.

#### **FERIENGRUS**

Abschließend wünsche ich Ihnen und Ihren Familien schöne Sommerferien. Kommende Woche findet am 2. Juli der letzte Schultag vor den großen Ferien statt. Ich kann mich noch gut an meine eigene Schulzeit und die Freude auf vielseitige und warme Sommerferien erinnern.

Auch wenn die Corona-Lage nach wie vor das eine oder andere Reisevorhaben beeinträchtigt und zu Umplanungen zwingt, bin ich doch zuversichtlich, dass viele von Ihnen angenehme Ferientage werden genießen können. Unser Land hat so viele schöne Ecken, die es zu erkunden und zu bereisen gilt. Nicht zuletzt kann man in unserer bergischen Heimat ganz wundervolle sommerliche Urlaubstage verbringen. So oder so: Genießen Sie die Zeit und bleiben Sie gesund und zuversichtlich.

Gern werde ich Sie auch während der Sommerpause auf dem Laufenden halten. Schauen Sie hierzu auch in meine Social Media Kanäle! Ich freue mich, mit Ihnen weiter im Austausch zu bleiben und erhoffe mir insoweit in den kommende Wochen viele wertvolle persönliche Begegnungen.

#### DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin Platz der Republik 1 11011 Berlin

Tel.: (030) 227- 79547 Fax: (030) 227- 76906 Büro Bergisch Gladbach Am Stadion 18-24 51465 Bergisch Gladbach

Tel.: (02202) 93695- 30 Fax: (02202) 93695- 22







E-Mail: <u>hermann-josef.te-broke@bundestag.de</u>

Internet: <a href="https://www.her-mannjosef-tebroke.de/">https://www.her-mannjosef-tebroke.de/</a>